

Warten auf Frieden in Syrien

Waffenlieferungen, regionale und internationale Einmischung müssen gestoppt werden

Die Befreiung der nordsyrischen Stadt Aleppo hatte kurz vor Jahresende vielen Menschen in Syrien Hoffnungen gemacht. Doch zwei Monate später bleibt unklar, ob Frieden in Syrien wirklich gewollt ist.

Mehr als 2.000 Kämpfer aus Ost-Aleppo hatten kurz vor Weihnachten 2016 ihre Waffen niedergelegt und waren in ein staatliches Amnestieprogramm eingegliedert worden. Kurz darauf, am 30. Dezember 2016, konnte Russland die beiden regionalen Kontrahenten Türkei und Iran gewinnen, um einen landesweiten Waffenstillstand zu sichern. 64 bewaffnete Gruppen unterzeichneten die Vereinbarung. Die 14 größten von ihnen, die von der Türkei (und den Golfstaaten, Europa und den USA) unterstützt worden waren, reisten zu einem Treffen mit einer syrischen Regierungsdelegation nach Astana, der Hauptstadt von Kasachstan. Weitere 110 bewaffnete Gruppen halten einen Waffenstillstand ein, der bereits im Februar 2016 von den USA und Russland ausgehandelt worden war. Die Zahl der lokalen Waffenstillstände erhöht sich täglich und lag Mitte Februar 2017 bei 1.250.

Ende Januar legte Russland den verfeindeten Seiten einen Entwurf für eine neue Verfassung vor. Man wolle Syrien nichts vorschreiben, sondern den Verhandlungsprozess beschleunigen, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow. Der Entwurf sei eine Zusammenstellung der bisher gemachten Vorschläge von Seiten der syrischen Regierung, der bewaffneten und der politischen Opposition. Es sei höchste Zeit, statt der Gewehre eine Verfassung in die Hand zu nehmen, hieß es in Moskau.



Die Syrer hätten also Grund zu Hoffnung, dass die für Ende Februar in Genf geplanten Gespräche endlich in Gang kommen. Doch es bleibt unklar, ob Frieden in Syrien wirklich gewollt ist. Denn während die Syrer mehrheitlich die Ereignisse in Aleppo als „Befreiung“ ansehen und die Stadt und das Land raschmöglichst wieder aufbauen wollen, sprechen Teile der bewaffneten Opposition und deren regionale und internationale Sponsoren vom „Fall Aleppos“ und werten das Geschehen als schwere Niederlage. 5.000 Kämpfer waren nicht bereit, ihre Waffen niederzulegen und wurden mit ihren Unterstützern und Angehörigen evakuiert. Rund 35.000 Menschen zogen Ende Dezember 2016 aus Ost-Aleppo in die nordsyrische Provinz Idlib ab, schwer Verletzte und die Privilegierten unter den Evakuierten wurden in die Türkei gebracht.

Buchtipps | Karin Leukefeld:
 Syrien zwischen Schatten und Licht. Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land.
 Rotpunkt 2016, 336 S., 24,- €, ISBN 978-3858-69689-2

Die Provinz Idlib wird von extremistischen Kampfverbänden wie dem Al-Qaida-Ableger in Syrien, der Nusra-Front, die sich inzwischen Front zur Eroberung Syriens („Jabhat al-Fatih al-Sham“) nennt und der „Armee zur Eroberung von Syrien“ kontrolliert. Anfang Februar waren Kämpfer in Idlib in einen blutigen Machtkampf verwickelt, wobei die Nusra-Front anderen Gruppen vorwarf, ihre Interessen mit der Teilnahme an den Astana-Gesprächen verraten zu haben. Da sich allerdings die Interessen der bewaffneten Gruppen weniger politisch als wirt-



BENI ZEID, ALEPPO



HERJALLAH: WOHNUNGEN FÜR KÄMPFER UND EVAKUIERTE



ALTSTADT VON ALEPPO

Fotos: Karin Leukefeld



HERJALLAH: MÄNNER, DIE DIE WAFFEN NIEDERGELEGT HABEN, WARTEN AUF PRÜFUNG IHRER PAPIERE IM AMNESTIEPROGRAMM.



MAALULA: WIEDERAUFBAU DES MAR-THEKLA KLOSTERS

schaftlich und militärisch definieren, dürfte es bei den Kämpfen um die Kontrolle von Nachschubwegen (aus der Türkei) gehen, über die Waffen, Munition und humanitäre Hilfe nach Idlib gelangen.

Wird der Krieg in Syrien also weitergehen? Zu viele regionale und internationale Akteure sind heute schon in Syrien, vor der Küste und im Luftraum unterwegs. Für sie wird eine politische Lösung erst relevant, wenn sie auf Land und Leute den Einfluss nehmen können, den sie beanspruchen. Der Einfluss wird nicht nur militärisch, sondern auch mittels humanitärer Hilfe genommen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) leistet humanitäre Hilfe in Syrien zwar auch durch internationale Organisationen wie die UNO oder das Deutsche Rote Kreuz, ansonsten aber in den Gebieten, die von Oppositionskräften kontrolliert werden. Nicht den Menschen von Aleppo wird geholfen, sondern lediglich den „Evakuierten von Aleppo“, hieß es beispielsweise in einer Erklärung des MBZ vom 27. Dezember 2016. Einseitige Hilfe für ausgewählte politische Projekte trägt letztlich zur Spaltung des Landes, nicht zur Versöhnung bei.

Wäre Frieden in Syrien gewollt, wäre der Weg einfach. Waffenstillstände könnten den Weg zu Verhandlungen und schließlich zu politischen Veränderungen in Syrien führen. Dafür müsste das Völkerrecht eingehalten werden, wie in der UN-Charta vorgezeichnet. Der souveräne Staat Syrien und seine territoriale Integrität müssten respektiert werden. Die verfeindeten Seiten im Land müssten bei der Suche nach Frieden, nicht für mehr Kämpfe unterstützt werden.

Ließe man die SyrerInnen ihren inneren Konflikt unter sich klären, würden die Waffenlieferungen, regionale und internationale Einmischung in Syrien gestoppt, wären die Syrer in der Lage, das Land in einem Jahr zu befrieden, sagte ein UN-Militärbeobachter in Damaskus der Autorin. Mehr als 15.000 Männer, die ihre Waffen niedergelegt haben und lokale Waffenstillstände sprechen dafür, dass die Menschen den Frieden wollen. Das wäre eine gute Basis für einen gemeinsamen Neuanfang.



Karin Leukefeld studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften. Die Autorin und Journalistin ist seit 2000 freie Korrespondentin im Mittleren Osten.